



Informationen des SPD-Ortsvereins Breckerfeld

1/Mai 1976

Was wollen wir

Mit dieser Zeitung wollen wir die Ziele unserer Partei Ihnen, den Breckerfelder Bürgern, mitteilen, und nahelegen. Wir möchten damit gleichzeitig zu Diskussionen anregen und Ihnen die Möglichkeit geben, auch in Form von Leserbriefen, die in unserer Zeitung veröffentlicht werden können, zu Problemen in unserer Stadt Stellung zu nehmen. Ebenso erhoffen wir uns weitere Anregungen für unsere Arbeit in der Stadtvertretung.

In einer Zeitung, wie wir sie uns vorstellen, wird sicher nicht jeder Bürger seine Meinung wiederfinden. Sie kann aber helfen, die Schwierigkeiten und Sachzwänge, denen wir als Sozialdemokraten in Breckerfeld unterworfen sind, besser zu verstehen. Im Rat der Stadt haben wir nicht die Mehrheit, so daß wir unsere Vorstellungen und Anliegen nicht allein verwirklichen können. Wir müssen auch Kompromisse schließen. Solche Entscheidungen wollen wir erklären und verdeutlichen. Weiterhin wollen wir in unserer Zeitung auf Ereignisse im Ennepe-Ruhr-Kreis, im Land und im Bund eingehen, die von besonderer Bedeutung sind oder die für unsere Stadt Bedeutung gewinnen können.

Die Breckerfelder Sozialdemokraten stellen Ihnen heute die erste Ausgabe einer Ortszeitung vor, die von nun an in regelmäßigen Zeitabständen erscheinen soll.

Was wollen wir mit solch einer Zeitung erreichen? Breckerfeld ist eine kleine Stadt, in der viele Dinge nur durchgeführt werden können, wenn alle Bürger aktiv am Leben der Stadt beteiligt sind. Nur gemeinsam mit den Bürgern sind auch die politischen Parteien in der Lage, ihre Vorstellungen zu entwickeln und zu verwirklichen.

mit dieser Zeitung

Wir hoffen, daß wir Sozialdemokraten in Breckerfeld mit unserer Zeitung einen Beitrag leisten können, Ihnen als Breckerfelder Bürgern mehr Informationen zu geben, damit Ihnen unsere kleine Stadt auf der Höhe noch liebenswerter wird.

Drückt Sie manchmal der Schuh??

Über unsere Bemühungen in der Stadtvertretung, das Leben in unserer Stadt attraktiver und angenehmer zu gestalten, werden wir genauso berichten, wie über unpopuläre Maßnahmen, die wir mitunterstützt haben. Manchmal sind ja solche Maßnahmen einfach notwendig, wie zum Beispiel bei Gebührenerhöhungen, die den Haushalt unserer finanzschwachen Stadt ausgleichen müssen. Wir wollen also offen informieren. Wir wollen keine feindlichen Äußerungen, keine Diffamierung, keine Hetze.

Wir haben besondere Ausspracheabende:

WO DRÜCKT DER SCHUH?

Vielleicht können wir auch Ihnen helfen?!

Inhalt:

Was ist mit der Glör?

Welchen Kurs segelt der Bund der Steuerzahler?

Weltmeister DM!

Augstein kommt...!!

Wir treffen uns jeden ersten Mittwoch im Monat um 20.00. Hotel Böving

erreichen?

Seit 1970 besteht der Ratsbeschluß, durch eine private Erschließungsgesellschaft – die Ferienheim GmbH „Elmpt“ – ein Erholungsgebiet an der Glör zu planen und einrichten zu lassen.

Zielvorstellung:

Nutzung des Fremdenverkehrs
Verbesserung des Freizeitangebotes für alle Bürger
Schaffen von Arbeitsplätzen
Beenden der unhaltbaren Zustände an der Glör
Mehr Steuern für die Stadt

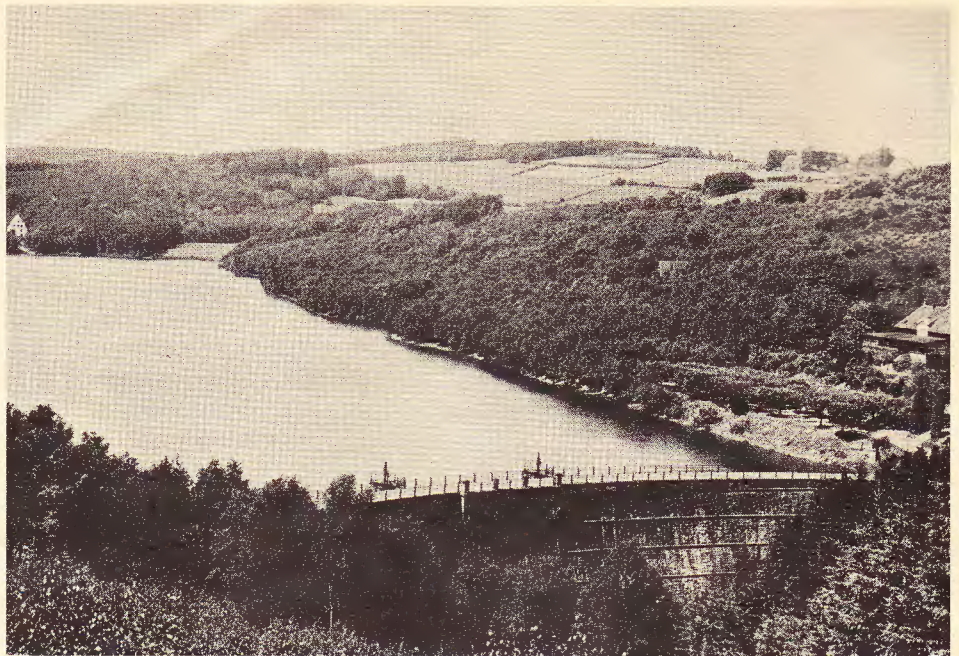
Problematik:

Das Gebiet muß für alle offen bleiben.
Die Belange des Landschaftsschutzes müssen berücksichtigt werden.
Die Finanzierung darf die Stadt nicht belasten.
Als einzige Fraktion hat die SPD im Rat dazu Vorschläge gemacht.

Was hat sie erreicht?

Der Uferbereich der Glör wird öffentliche Grünfläche.
Alle Wege werden öffentlich sein.
Der Rat wird jetzt dem Projekt nur zustimmen, wenn die Stadt keine wesentlichen Kosten zu tragen hat.

Leider konnte sich die SPD gegen die Ratsmehrheit nicht durchsetzen, um den Plan zu verhindern, der den Bau eines siebengeschossigen Hotelkomplexes vorsieht.



Was ist mit der Glör?

Augenblicklicher Stand:

Der Bebauungsplan ist noch nicht rechtskräftig.
Die Frage der Zufahrt in dieses Gebiet muß noch geklärt werden.

Fazit:

Die SPD bejaht dieses Projekt, weil es Vorteile für die Stadt bringen wird. Sie sieht aber auch die Probleme, die auf die Stadt zukommen, wenn der Rat nicht wachsam ist.
Bis zur Verwirklichung wird noch viel Wasser den Glörbach hinabfließen.
Für uns sind zwei andere Aufgaben vorrangiger:
Die Erschließung des Wengeberges und der Bau der großen Turnhalle.

Schilda in Breckerfeld?

Schilder beschäftigen den Rat in der letzten Zeit häufig!

Die FWG will die Parkscheibenschilder an der Frankfurter Straße entfernen lassen.

Die CDU macht sich an vielen Stellen für Schilder stark! So soll es in ihrem Sinne an der Clevinghauser Straße „Achtung Viehtrieb“ heißen und in der Taubenstraße „Verbot für mehr als 30 km/h“.

Die SPD fordert ein Schild am Eispalast „Achtung Kinder“.

Haben Sie schon einmal etwas von „Schilda“ gehört??

Im Jahre 1975 wurde der Antrag der SPD abgelehnt, der vorsah, das Spielplatzangebot nördlich der Epscheider Straße zu verbessern. CDU und FWG ließen es nicht zu, daß am Rande dieses Gebietes eine einfache Wiese angemietet werden sollte.

Die Ratsmehrheit begnügte sich damit, Verkehrsschilder mit der Aufschrift „Achtung Kinder“ anbringen zu lassen.

Waldbauer Vorbild!

Am 21. April 1976 wurde der neue „Kindergarten Waldbauer“ eingeweiht. Damit ist jetzt im Ortsteil Waldbauer die Kindergartenfrage vorbildlich gelöst. Im Neubau neben der alten Schule wird nun in großen, hellen Gruppenräumen die Arbeit an den Kindern besser fortgesetzt werden, als es früher wegen der engen Räume möglich war. Wenn demnächst die Blumen und Sträucher der Anlage rund um den Kindergarten grünen und blühen, kann man den Ortsteil Waldbauer um dieses Schmuckstück beneiden.

In Breckerfeld-City haben die Bauarbeiten für zwei neue Kindergärten begonnen:

An der Pastor-Hellweg-Straße entsteht der katholische Kindergarten; die evangelische Kirchengemeinde baut an der Wahnscheider Straße. Den freien Trägern sind diese Neubauten durch das neue Kindergarten-gesetz des Landes Nordrhein-Westfalen ermöglicht worden, nach dem die Träger ein Viertel der Baukosten und der Ennepe-Ruhr-Kreis und das Land die „restlichen“ Dreiviertel tragen.

Es ist abzusehen, daß im Jahre 1977 auch in Breckerfeld die Kindergartennot ein Ende hat.

Herausgeber: SPD-Ortsverein Breckerfeld

Verantwortlich: Hans Hirschfelder

Redaktion: Altk. 10, 52025 Breckerfeld

Hans Jürgen Augstein kommt

Am Dienstag, dem 25. Mai 1976, haben Sie Gelegenheit zu einem Gespräch mit dem Bundestagsabgeordneten des Ennepe-Ruhr-Kreises.

Die Veranstaltung findet um 19.30 Uhr im „Hotel Böving“ statt. Zur Einführung des Gesprächsabends wird Hans Jürgen Augstein zum Thema

„Unsere soziale Sicherheit ist sicher!“
sprechen.

Hans Jürgen Augstein ist wieder unser Kandidat bei der Wahl des Deutschen Bundestages am 3. Oktober 1976. Er hat uns in den vergangenen Jahren seiner Mitarbeit in Bonn deutlich gemacht, daß er nicht ein Ziel für seine Position erreicht hat, sondern daß er immer neue Ziele für uns Bürger erreichen will.

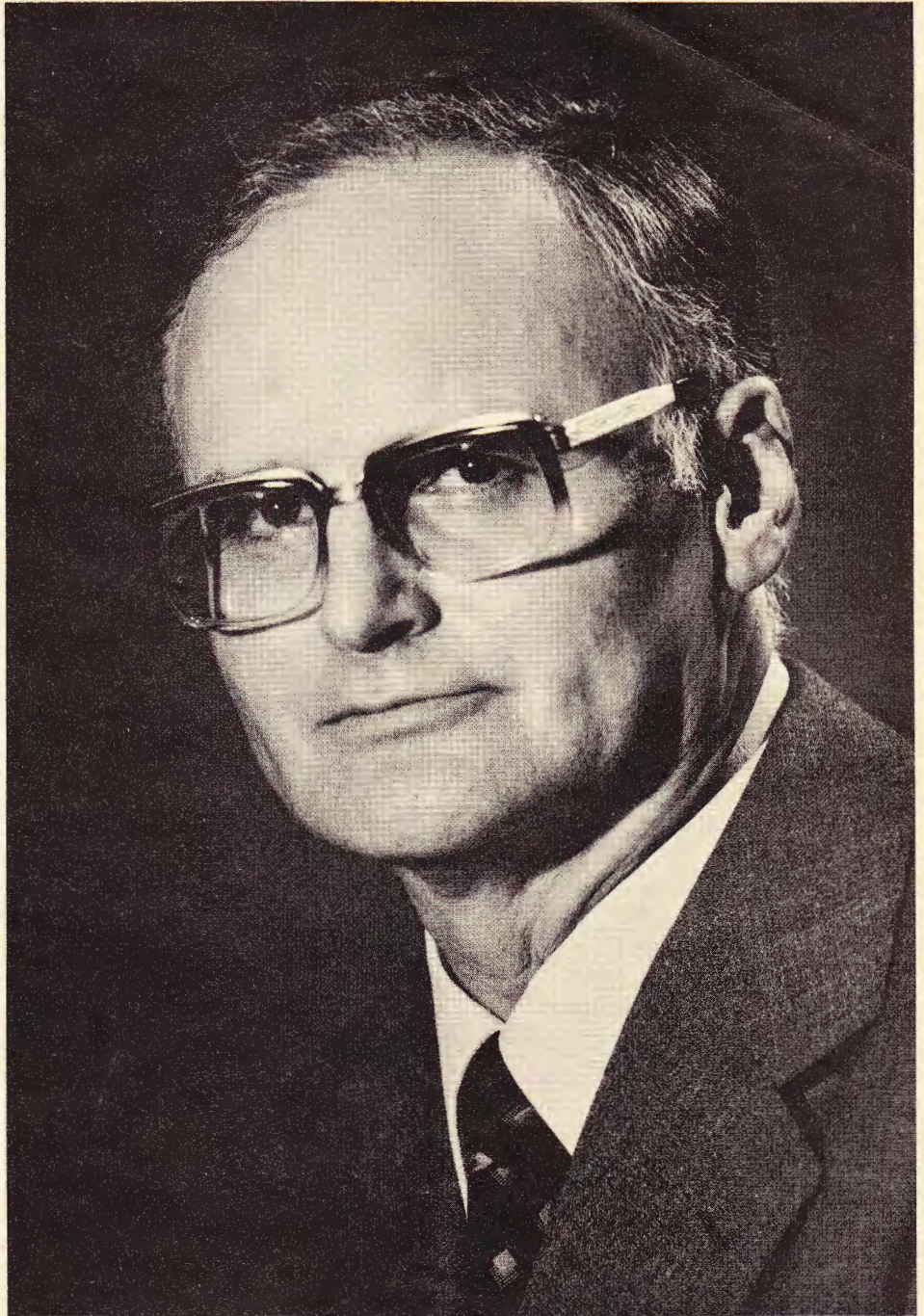
Unser Mann in Bonn

Seit er uns in Bonn vertritt, versorgt er diesen Wahlkreis vorbildlich. Wichtige Informationen leitet er an alle Interessenten sofort weiter, ganz unabhängig davon, zu welcher Partei sie gehören. Wer ihm ein Problem vorträgt, zu dessen Lösung er beitragen kann, der erhält umgehend Hilfe. Besonders auf dem Gebiet der Zusammenführung getrennter Menschen in Ost und West hat er sich einen Namen gemacht.

Seine parlamentarische Arbeit in Bonn hat ihren Schwerpunkt im Bundestagsausschuß für Arbeit und Sozialordnung.

Wissen Sie, daß auch Sie Ihren Bundestagsabgeordneten mit Ihren Problemen ansprechen können?

Sie erreichen ihn unter folgender Anschrift:
Hans Jürgen Augstein MdB
Tanneneck 22
432 Hattingen
Tel.: 0 23 24 / 2 22 48



25. Mai 19.30 Uhr

Hotel Böving Breckerfeld

Für wen spricht der Bund der Steuerzahler?

Ein knallharter Interessenverband segelt unter falscher Flagge

Immer wieder hört man im Radio, liest man in der Zeitung vom „Bund der Steuerzahler“. Vor einiger Zeit fragte eine Rundfunkreporterin Straßenpassanten, wen der Verband eigentlich vertritt. Die meisten waren sehr erstaunt über die Frage. Die Antwort lautete fast ausnahmslos: „... der vertritt natürlich die Steuerzahler.“ Stimmt das?

Zunächst einmal: rund 30 Millionen Menschen in der Bundesrepublik zahlen Steuern. Die meisten von ihnen sind Lohnsteuerzahler. Aber der Verband hat nur etwa 250 000 Mitglieder. Das ist weniger als ein Prozent aller Steuerzahler. Und im Bund der Steuerzahler sind so gut wie keine Lohnsteuerzahler vertreten.

Unter den Mitgliedern sind kaum Angestellte und Arbeiter, vor allem gut verdienende Berufe zahlen Beiträge ebenso wie Unternehmen aller Schattierungen.

Die Forderungen sagen alles

Nun könnte der Verband ja theoretisch trotz dieser einseitigen Mitgliederstruktur Politik für alle Steuerzahler treiben. Ein Blick auf seine in der Öffentlichkeit vertretenen Forderungen beweist leider das Gegenteil. So forderte der Verband in der Rezession 1966/1967, die Sozialleistungen drastisch zu kürzen:

- 650 Millionen sollten vom Kindergeld abgestrichen werden. Dabei war das Kindergeld damals ohnehin viel niedriger als heute und außerdem noch ungerecht verteilt.
- 400 Millionen sollten die Kriegsoffer weniger bekommen.

Abstriche nur bei den Schwachen

Abstriche wurden also einseitig nur bei den sozial schwächeren Bevölkerungsgruppen gefordert, die nicht im Steuerzahlerbund organisiert sind.

Auch bei der Steuerreform machte der Verband Vorschläge, die einseitig nur bestimmten Gruppen zugute gekommen wären:

- Streichung der Vermögensteuer,
- Streichung der Ergänzungsabgabe für höhere Einkommen.

Lohnsteuerzahler haben andere Interessen

Auch als der Bundesfinanzminister die Bewirtschaftungsspesen und die Geschenkrechnung aus den Steuererklärungen streichen wollte, gab es heftige Proteste vom Bund der Steuerzahler. Ausgaben in Restaurants und Bars gehörten ebenso wie Geschenke zu den „Betriebsausgaben“, die nach Meinung des Steuerzahlerbundes von der

Wer setzt denn sein Bier von der Steuer ab?

Auch hier hat der Verein wieder nur die Interessen von Geschäftsleuten und Unternehmen vertreten: Lohnsteuerzahler haben nämlich in der Regel nicht die Möglichkeit, teure Restaurantrechnungen als unumgängliche Einladung von Geschäftspartnern bei der Steuer abzusetzen.

Auch die Forderung nach höheren Reisekostensätzen dürfte kaum im Interesse eines Lohnsteuerzahlers liegen. Denn welcher Lohnsteuerzahler macht schon auf eigene Kosten Reisen, die er als Geschäfts- oder Dienstreise absetzen kann?

Den Schaden hätten die Lohnsteuerzahler

Eine genaue Durchsicht der Forderungen des Steuerzahlerbundes ergibt, daß er sich gezielt für Sondervorteile bestimmter Gruppen einsetzt. Denn Schaden von einem Nachgeben der Bundesregierung gegenüber den Forderungen des Verbandes hätte die Masse der Lohnsteuerzahler:

Sie müßten entweder auf öffentliche Leistungen verzichten oder mehr Steuern zahlen, um den entstehenden Einnahmeausfall des Staates zu decken.

Ein Bund der reichen Steuerzahler

Es ist nichts dagegen einzuwenden, wenn sich reiche Steuerzahler organisieren, um gemeinsam ihre Interessen zu vertreten. Nur sollte von den anderen Steuerzahlern niemand auf die Idee kommen, der Bund der Steuerzahler verträte ihre Interessen. Der segelt unter falscher Flagge ...

Urlaub

„Urlaubszeit – schönste Zeit“ meint optimistisch ein Schlager. Für manchen, der ein ganzes Jahr lang für die Ferien gespart hat, mag das wie purer Hohn klingen, weil er im Urlaub von Reiseveranstaltern, Hotelbesitzern und selbst noch von Kellnern heftig übers Ohr gehauen wird.

Wenn man seine Ferien plant, sollte man es deshalb nicht nur beim Studium der Prospekte bewenden lassen. Denn, was sich da an bunten Bilderchen, an vollmundigen Lobpreisungen präsentiert, muß längst nicht immer stimmen.

Hilfe bei der Urlaubsplanung bietet der „test-reise-service“ der Stiftung Warentest. 2200 Hotels, die von Pauschalreiseveranstaltern angeboten werden, sind mittlerweile getestet worden. Außerdem gibt es Beschreibungen der beliebtesten Feriengenden, von der Costa del Sol über Mallorca bis hin zu Holland, Dänemark oder Norwe-

Eine Liste aller bisher getesteten Hotels enthält das Heft 1/1976 der Zeitschrift „test“. Bis zu fünf Hotels kann man aus dieser Liste auswählen und gegen eine Gebühr von fünf Mark die Testberichte anfordern. Weitere Auskünfte kosten 50 Pfennig pro Hotel. Gratis bekommt man dazu die Beschreibung der Strände und der Feriengegend.

Schriftliche Anfragen über die Hotels sind zu richten an
„Stiftung Warentest“
test-reise-service
Postfach 4141
1000 Berlin 30

Man kann die Auskünfte nur schriftlich einholen. Von telefonischen Anfragen bittet die Stiftung Warentest abzusehen.

Auch große Familien mit vielen Kindern können sich einen Urlaub leisten. Es gibt inzwischen über 130 preisgünstige Familienferienstätten mit über 15 000 Betten überall im Bundesgebiet. Und es gibt staatliche Zuschüsse, was leider viele, die berechtigt sind, immer noch nicht wissen.

Das Bundesfamilienministerium, Deutscherherrenstraße 87, 53 Bonn-Bad Godesberg, gibt in jedem Jahr einen Ferienkatalog heraus, in dem neben speziellen Familienferienstätten auch familiär freundliche und besonders preiswerte Gasthöfe, Pensionen und Privatunterkünfte enthalten sind. Zuschüsse gibt auch die Arbeiterwohlfahrt. Deshalb lohnt sich vielleicht auch, sich mit dem zuständigen örtlichen Büro dieser Organisation in Verbindung zu setzen.

Weltmeister D-Mark

Internationaler Vergleich der Währungsreserven/
Ende Juni 1975/ in Millionen Dollar



wichtig!

Keine Währung der Welt ist so stabil und abgesichert wie die D-Mark. Wie unser Schaubild zeigt, sind die Währungsreserven des Giganten USA nur etwa halb so hoch wie die der Bundesrepublik. Japan erreicht noch nicht einmal diese Grenze, hinter der alle anderen Länder im internationalen Vergleich weit zurück bleiben. An letzter Stelle liegen Dänemark, Finnland, Griechenland und Neuseeland, die alle über weniger als tausend Millionen Dollar Währungsreserven